

A decorative graphic consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Bosnia and Herzegovina.

## Machtkampf in Zeiten des Stillstands

Bei den Wahlen in Bosnien und Herzegowina punkten die Etablierten – und die Opposition

JUDITH ILLERHUES

Oktober 2014

- Aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Bosnien und Herzegowina gehen die etablierten, nationalistischen Parteien als Sieger hervor. Gleichwohl legt die Opposition kräftig zu. So siegten in der Republika Srpska die Regierungspartei SNSD und Präsident Milorad Dodik gegen eine erstarkte »Allianz für den Wandel«. Und in der Föderation triumphiert die bosniakisch-nationalistische Partei SDA, gerät aber durch zwei neue Parteien unter Druck.
- Die Sozialdemokraten erleiden eine schwere Niederlage. Die Wahlgewinner von 2010 und einstigen Hoffnungsträger verlieren fast zwei Drittel der Stimmen im Vergleich zu den letzten Wahlen.
- Vom komplexen politischen System, der Fragmentierung des Parteienspektrums und einer niedrigen Wahlbeteiligung profitieren die nationalistischen Parteien. Die Regierungsbildung könnte damit von den Nationalisten getragen werden.
- Koalitionsbildungen in Bosnien und Herzegowina sind stets schwer vorherzusehen, sie folgen der Logik der Ressourcensicherung. Doch angesichts des erdrückenden Reformstillstands wird sich die künftige Regierungskoalition kaum leisten können, untätig zu bleiben. Denn beim Spagat zwischen Postensicherung und EU-Annäherung drohen eine starke Opposition und Proteste auf der Straße.

Am 12. Oktober 2014 fanden in Bosnien und Herzegowina allgemeine Wahlen statt. Etwa 3,3 Millionen wahlberechtigte Bürger\_innen waren aufgerufen, über die Neubesetzung der dreiköpfigen Präsidentschaft des Landes sowie über die Parlamente des Gesamtstaates, der beiden Landesteile (Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska) und der zehn Kantone zu entscheiden. Gewählt wurde zugleich auch der Präsident der Republika Srpska (RS). Das Ergebnis der Wahl wird als Gradmesser dafür gehandelt, ob das Land sich in Richtung einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union bewegt oder ob sich der politische Reformstau der vergangenen Legislaturperiode zementiert. Denn das Land befindet sich in seiner schwersten Krise nach Kriegsende. Die Annäherung an die EU ist blockiert, die Wirtschaft ist schwach.

### Die Präsidentschaftswahlen: Überraschung bei der Besetzung des serbischen Postens

Doch die vorläufigen Stimmenausschläge zeigten mehr in Richtung Vergangenheit als in die Zukunft. Das gewählte Staatspräsidium, das in Bosnien und Herzegowina aus einem kroatischen, einem bosniakischen und einem serbischen Mitglied besteht, spiegelt die Tendenz wider. Zwei Vertreter entstammen altnationalistischen Parteien: Als bosniakisches Mitglied wurde Bakir Izetbegovic von der bosniakischen SDA (Partei der Demokratischen Aktion) im Amt bestätigt, als kroatisches Mitglied zieht Dragan Covic von der kroatischen HDZ (Kroatisch-Demokratische Union) in die Präsidentschaft ein. Einzig die Wahl des serbischen Präsidentschaftsmitglieds brachte eine Überraschung in Person von Mladen Ivanic, Vorsitzender der PDP (Demokratische Fortschrittspartei) und langjähriger Oppositionsvertreter. So lauten zumindest die vorläufigen Ergebnisse laut Stand vom 14. Oktober, 14 Uhr.

### Die Parlamentswahlen: Ein Ergebnis, viele Lesarten

Die aktuellen Ergebnisse der Parlamentswahlen sprechen auf den ersten Blick für eine Stärkung der etablierten Kräfte. Dies gilt sowohl auf Staats- als auch auf Entitätsebene. Eine genauere Analyse der Resultate offenbart einen zweiten Trend: Die Oppositionsparteien legen kräftig zu.

Doch der Reihe nach: Stärkste Parteien werden auf der Ebene des Gesamtstaates die bosniakische SDA mit etwa 28 Prozent der in der Föderation abgegebenen Wählerstimmen und die SNSD (Bund der unabhängigen Sozialdemokraten) mit knapp über 39 Prozent der in der RS gezählten Stimmen. Folglich wird die SDA einen beachtlichen Anteil der Abgeordneten aus der Föderation stellen, die SNSD die Mehrzahl der Vertreter\_innen aus der RS. Denn die Zusammensetzung des 42 Mitglieder umfassenden Repräsentantenhauses schreibt vor, dass 28 Abgeordnete aus der Föderation kommen, 14 aus der Republika Srpska.

Weder SDA noch SNSD stehen für einen Reformkurs. Ihr Abschneiden bei der jüngsten Abstimmung verheißt die Fortsetzung des reformpolitischen Stillstands. Beide hatten in der letzten Legislaturperiode den politischen Status Quo mitzuverantworten. Präsident Dodik, einst als progressiver sozialdemokratischer Politiker angetreten, propagiert seit seiner Regierungsübernahme 2006 einen nationalistischen Kurs auf Kosten des Gesamtstaats.

### Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2014 in Bosnien und Herzegowina

	2014 (%)
<i>Bosniakisches Mitglied aus FBiH</i>	
Bakir Izetbegovic (SDA)	32,74
Fahrudin Radoncic (SBB)	26,98
Emir Suljagic (DF)	15,23
Bakir Hadziomerovic (SDP)	10,08
Sefer Halilovic (BPS)	8,80
Mustafa Ceric (unabhängiger Kandidat)	4,38
<i>Kroatisches Mitglied aus FBiH</i>	
Dragan Covic (HDZ BiH)	52,43
Martin Raguz (HDZ 1990)	38,47
<i>Serbisches Mitglied aus RS</i>	
Zeljka Cvijanovic (SNSD)	48,14
Mladen Ivanic (PDP – Savez za Promjene)	48,31

### Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2014 in der Republika Srpska

	2014 (%)
Milorad Dodik (SNSD)	46,79
Ognjen Tadic (SDS – Savez za Promjene)	45,21

Quelle: Zentrale Wahlkommission, 14. Oktober 2014, 14.00 Uhr.



Ergebnisse der Parlamentswahlen 2014

Parlament BiH			Parlament Föderation BiH		Parlament Republika Srpska	
	2010 (%)	2014 (%)	2010 (%)	2014 (%)	2010 (%)	2014 (%)
<i>Stimmen aus der FBiH</i>						
SDA	19,40	27,73	20,22	27,84		
SBB	12,16	14,63	11,89	14,88		
DF	0,00	15,23	0,00	12,93		
SDP	26,07	9,53	24,53	10,22		
HDZ BiH	10,99	12,02	10,64	11,60		
SBiH	7,25	2,62	7,63	3,33		
HDZ1990	4,86	4,10	4,68	3,89		
NSRZB	4,81	1,37	4,72	1,55		
BPS	0,00	3,57	2,73	3,66		
<i>Stimmen aus der RS</i>						
SNSD	43,30	39,40			38,00	33,03
SDS	22,19	33,56			18,97	27,26
PDP	6,45	7,94			7,55	7,74
DNS	4,59	5,94			6,09	9,58
SDP	2,96	1,65			3,05	1,41
SDA	2,64	3,48			2,66	0,00
SP	2,35	3,03			4,23	5,12
DP					3,41	
Domovina						3,69
NDP						5,03

Quelle: Zentrale Wahlkommission, 14. Oktober 2014, 14.00 Uhr.

Ähnliche Wahlrends gelten für die Entitätsparlamente: Stärkste Partei wird in der Föderation die SDA, wichtigste Partei in der Republika Srpska bleibt die SNSD. Der Auftrag zur Regierungsbildung erfolgt damit sowohl auf der jeweiligen Entitätsebene wie auch auf Staatsebene in erster Linie an diese Parteien. In der Föderation wird sich die SDA, die im Übrigen bereits in den letzten Jahren an der Regierung auf Föderationsebene beteiligt war, in Gespräche mit möglichen Partnern begeben. Gleiches gilt für die SNSD, die bereits seit 2006 die Regierung in der RS stellt. Der Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten koalierte zuletzt mit den Sozialisten und dem Demokratischen Volksbund (DNS). Ein ähnliches Bündnis wird auch dieses Mal wahrscheinlich sein.

Der Rückhalt für die etablierten Parteien beleuchtet aber nur einen Teil der Wahlergebnisse. Gleichzeitig verbuchten in der Föderation und auch in der Republika Srpska politische Akteure, die einen Reformkurs fordern, Stimmenzuwächse.

In der Föderation erzielt die Demokratische Front (DF) als Partei des noch amtierenden kroatischen Präsidentschaftsmitglieds Zeljko Komsic etwa 13 Prozent der abgegebenen Stimmen. Erst im Frühjahr 2013 gegründet, schafft sie bereits bei den ersten Wahlen den Einzug ins Parlament und den Aufstieg zur drittstärksten Partei in der Föderation. Komsic zählt zu den beliebtesten Politikern des Landes. Er pflegt das Image des Unbestechlichen. In der Wahrnehmung der Bevölkerung setzt er sich damit von Vertretern anderer Parteien ab. 2012 aus der Sozialdemokratischen Partei Bosnien und Herzogowina, SDP BiH, ausgetreten, gründete Komsic im April 2013 die Demokratska Fronta, die sich selbst als Mitte-Links-Partei verortet. Zwar blieb ihre programmatische Ausrichtung im Wahlkampf vage, doch mit ihrem Wahlspruch »Entschlossen für den Wandel« punktete sie als Alternative gegen die Etablierten. Mit der geforderten Abkehr vom Alten bildete die DF ein Auffangbecken für enttäuschte Wähler – vor allem aus dem sozialdemokratischen Spektrum.

Eine ähnliche Inszenierung verhalf auch der SBB, dem »Bund für eine bessere Zukunft Bosnien und Herzegowina«, zu deutlichen Zugewinnen. Die Partei – gegründet 2009 und damit relativ neu auf der politischen Bühne – entstammt dem bosniakischen Spektrum und trat unter ihrem Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten Fahrudin Radonicic für eine radikale Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft ein. Der einstige Medienmogul Radonicic, dem selbst einige Korruptionsaffären zur Last gelegt werden, inszenierte sich als Saubermann und orientierte sich im Wahlkampf an dem Politikstil des serbischen Premierministers Aleksandar Vucic. Dieser hatte im Nachbarland Serbien mit einer auf Anti-Korruption und Wirtschaftsförderung ausgerichteten Kampagne zwei Wahlen gewonnen. Radonicic forderte den Ausbruch aus dem alten System, aus Nepotismus und Korruption, und hatte damit Erfolg. Die SBB wurde zur zweitstärksten Kraft in der Föderation.

Beide Parteien zusammen, DF und SBB, erreichten etwa 30 Prozent der Wählerstimmen und kommen auf das gleiche Stimmenergebnis wie die SDA. Die Wähler haben damit in gleichen Teilen für den Wandel wie für die alteingesessenen Parteien gestimmt. Doch vor dem Hintergrund einer Zersplitterung des Parteiensystems und einer niedrigen Wahlbeteiligung trugen die Etablierten den Sieg davon.

Bei der Abstimmung am Sonntag traten 65 Parteien an, beinahe doppelt so viele wie im Jahr 2010, als 39 politische Parteien zu den Wahlen zugelassen worden waren. Die Fragmentierung des Parteiensystems nutzte vor allem den Parteien, die eine solide Mitgliederstruktur und enge Anbindung an ihre Wählerklientel aufweisen. Die alteingesessenen, nationalistisch orientierten Parteien verfügen über starke, lokal verwurzelte Parteiorganisationen, die Wählerbindung ist stark. Hingegen leiden vor allem progressive, neuere oder wenig institutionalisierte Parteien unter der Fragmentierung und unter der niedrigen Wahlbeteiligung.

### Republika Srpska: Dodik bleibt Präsident, die Opposition legt zu

Für die Republika Srpska zeichnet sich mit Blick auf die Ergebnisse ein ähnliches Bild wie in der Föderation: Die alten Parteien bleiben stark, aber auch die Kontrahenten

legen zu. Zwar gewinnt mit der SNSD die jetzige Regierungspartei die Wahlen für das Entitätsparlament und wird zugleich als stärkste RS-Partei im bosnisch-herzegowinischen Staatsparlament bestätigt. Doch gleichzeitig verbucht sie einen Stimmenverlust, die Opposition liegt nur wenige Prozentpunkte hinter ihr. Die größte Oppositionspartei in der RS, die SDS (Serbisch Demokratische Partei), kommt auf einen Wähleranteil von über 27 Prozent und erringt damit ein deutlich besseres Ergebnis als 2010, als sie knapp 19 Prozent erzielte.

Auch die Wahlen zum Präsidenten der Republika Srpska verliefen nach ähnlichem Muster. Amtsinhaber Milorad Dodik, der als Vorsitzender der SNSD einen strikten Kurs zur Schwächung des Gesamtstaates verfolgt und im Wahlkampf wiederholt ein Referendum zur Abspaltung der RS forderte, gewann nur knapp gegen Ognjen Tadic. Ein derartiges Kopf-an-Kopf-Rennen kann als Überraschung gelten. Vor der Wahl war mit einem überlegenen Sieg Dodiks gerechnet worden.

### Sozialdemokraten: Einstige Hoffnungsträger werden abgestraft

Weiterhin starke nationalistische Parteien und ein Bedeutungszuwachs der Oppositionsparteien sind zwei Ergebnisse der Wahlen vom Sonntag. Folglich drängt sich die Frage auf, wer im parteipolitischen Spektrum der Verlierer ist.

Die sozialdemokratische Partei Bosnien und Herzegowinas (SDP BiH) erlebte einen gravierenden Stimmenverlust. Für sie ist der Wahlausgang ein politisches Desaster. Die Sozialdemokraten unter ihrem Vorsitzenden und noch amtierenden Außenminister Zlatko Lagumdžija kommen lediglich auf zehn Prozent der Stimmen. Vor vier Jahren wurden sie mit 25 Prozent stärkste Kraft in der Föderation und waren als Hoffnungsträger gefeiert worden. Auch auf Staatsebene wurden sie zu einem Schlüsselakteur. Doch in der Regierungsbeteiligung büßte die Partei an Glaubwürdigkeit ein. Wesentliche Punkte des ambitionierten 5-Punkte-Programms, in dem die Sozialdemokraten wirtschafts- und sozialpolitische Reformen forderten, konnten sie nicht umsetzen. Die Partei, die sich selbst als multiethnisch definiert, forderte damals den Bruch mit dem System und eine Verbesserung des Lebensstandards für breite Teile der Bevölkerung.

Doch Koalitionsstreitigkeiten führten dazu, dass sie die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen konnten. Ihr deutlicher Stimmenverlust spiegelt die Reaktion der Wähler auf die ausbleibenden Erfolge in der Regierungsarbeit wider.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurden die Sozialdemokraten zu Hauptverantwortlichen für den anhaltenden Reformstillstand. Mit ihren Wahlversprechen von 2010 wurden sie mehr als jede andere Partei zu Protagonisten der Veränderung. Den verpassten Wandel nahmen die Wähler nun zum Anlass, die SDP abzustrafen. In großen Teilen votierten sie für die Demokratska Fronta, die Partei von Komsic, der selbst einstmals Hoffnungsträger der SDP war. Die Wählerwanderung von der SDP zur DF war zu erwarten, das Ausmaß war überraschend. Einen großen Teil der verloren gegangenen Wähler kann man auch bei den Nichtwählern vermuten.

### Niedrige Wahlbeteiligung und politisch motivierte Enthaltung

Die Wahlbeteiligung blieb niedrig – im Durchschnitt ging sie im Vergleich zu den beiden letzten Wahl nochmals zurück. Dies war für die nationalistischen Parteien von Vorteil. Bei den allgemeinen Wahlen 2010 und den Kommunalwahlen 2012 hatten sich 55,5 Prozent der Wahlberechtigten für den Gang zur Urne entschieden. Bei den jüngsten Wahlen waren es nach Angaben der zentralen Wahlkommission landesweit nur noch 54 Prozent.

Die abnehmende Wahlbeteiligung war erwartet worden. Die Ursachen für die Wahlapathe liegen in der Enttäuschung breiter Teile der Bevölkerung über einen Staat, der nicht in der Lage ist, Grundleistungen zu liefern. Aus einer repräsentativen Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung geht hervor, was die Motive der Nichtwähler sind. Nur ein geringer Teil von ihnen bezeichnet sich als apolitisch oder desinteressiert an politischen Fragen (28,1 Prozent der Befragten). Die Mehrheit gibt an, sich bewusst nicht an der Wahl beteiligt zu haben. Es fehle an geeigneten Kandidat\_innen und Parteien. Dass die Wahlen einen Wandel und eine Verbesserung der allgemein schlechten sozialen und wirtschaftlichen Situation bewirken würden, bezweifelte ein Großteil der Befragten.

Tatsächlich umfassen die Nichtwähler\_innen längst nicht mehr nur bestimmte Milieus oder Schichten der bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft. Die urbane Mittelschicht gehört ebenso zu ihnen wie ländliche Bevölkerungsgruppen. So heterogen die Zusammensetzung der Nichtwähler\_innen auch ist, in ihrer Erwartungshaltung an die Regierungsvertreter sind sie relativ homogen. Sie fordern den effektiven Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption, sie wollen Arbeitsplätze, Rechtsstaatlichkeit, einen verbesserten Lebensstandard und soziale Gerechtigkeit. Damit machen sie auf jene Themen aufmerksam, die in den Wahlprogrammen vernachlässigt wurden.

### Diskreditierung des Gegners als Wahlkampfprogramm

Die Wahl verlief nach allgemeinen regulären Standards, erklärte die OSZE. Mehrere Tausend Wahlbeobachter\_innen von nationaler und internationaler Seite waren im Land präsent. Es kam weder zu Unruhen noch zu Beeinträchtigungen bei der Stimmabgabe. Ungeklärt bleiben die Ursachen für die extrem hohe Anzahl ungültiger Stimmen, die sich auf bis zu zehn Prozent der Gesamtstimmen belaufen. Die Spekulationen reichen von der Manipulation von Stimmen bis zum demonstrativen Wahlboykott der Wähler.

Im Wahlkampf erlebte die ohnehin scharfe Rhetorik unter den politischen Gegnern nochmals eine Steigerung. In der offiziellen vierwöchigen Wahlkampfphase waren Beleidigungen und Beschimpfungen des politischen Gegners an der Tagesordnung. Bewusst bediente sich die Mehrzahl der Parteien der ethnischen Wählermobilisierung. Nach bekanntem Wahlkampfeszenario bemühten die Parteien verschiedene Untergangsszenarien: von ethnonationalen Parteien im kroatischen Spektrum wurde vor der fehlenden Repräsentation im Gesamtstaat gewarnt, von den bosniakischen Nationalisten vor dem Verfall des Staates und einer möglichen dritten kroatischen Entität, von Vertreter\_innen des serbischen Spektrums vor der Abschaffung der Republika Srpska und gewaltbereiten Islamisten im kroatisch-bosniakischen Landesteil.

Die einseitige Wahlkampforientierung ist in Bosnien und Herzegowina nichts Neues. Durch die Ausrichtung auf ein konkretes ethnisches Wählerspektrum erscheint die

Debatte um Themen wie Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik nicht notwendig. Die Wählerbindung ist im ethno-nationalen Spektrum so ausgeprägt, dass die Bedienung von Allgemeinplätzen ausreicht. Angesichts einer eskalierenden sozialen Schieflage mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 70 Prozent und einer anhaltend schwachen Wirtschaft erstaunt die Kontinuität der fehlenden inhaltlichen Debatte dennoch. Die Förderung des Gemeinwohls wird nur von wenigen Parteien thematisiert. Trotz anhaltender Wirtschaftskrise mangelt es in weiten Teilen der Parteienlandschaft an schlüssigen und finanzierbaren Ansätzen zur Wirtschaftsförderung, zur Investitionssteigerung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Die Bedrohungskonstrukte umfassten darüber hinaus auch die Stimmungsmache gegenüber Teilen der internationalen Gemeinschaft. Ausländischen Organisationen und Institutionen wie u.a. der US-amerikanischen Botschaft wurde infolge ihres Wahlaufufes die Unterstützung eines Aufstandes nach den Wahlen nachgesagt. Auch die pauschale Warnung vor einem Wahlbetrug kam aus allen politischen Lagern.

### Mathematik der Koalitionsverhandlungen

Das Zustandekommen von tragfähigen Mehrheiten in den jeweiligen Parlamenten wird weiter erschwert. Breite Koalitionsbildungen werden auch nach diesen Wahlen notwendig sein. Diese Bündnisse erfolgen auf Grundlage rechnerischer Kalküle, weniger auf einem ideologischen oder programmatischen Konsens. Bestes Beispiel sind die Regierungskoalitionen der letzten Amtszeit. Erst 15 Monate nach den Wahlen konstituierte sich Anfang 2012 ein Sechsparteienbündnis. Es umfasste alle großen Parteien und band neben den Sozialdemokraten die nationalistischen Parteien mit ein. Die Koalition aus SDP, SNSD, SDA, SDS und HDZ 1990 sowie HDZ BiH hielt aber nicht lange. Interne Streitigkeiten um Posten und Ressourcen ließen das Bündnis schnell zerbrechen. Andere Koalitionspartner folgten und verließen die Regierung wieder. Substantielle Veränderungen wurden nicht erreicht.

Dies verweist auf das komplexe politische System sowie das fragmentierte Parteiensystem des Landes. Klare oder natürliche Koalitionen sind nicht an der Tagesordnung. Die Trennungslinie verläuft in Bosnien und Herzegowina nicht nach einem klaren Rechts-/Linksspektrum.

Am sinnvollsten lässt sich das Parteienspektrum unterteilen in »nationalistisch« bzw. »bürgerlich/multiethnisch«. Während die erstgenannten die deutliche Mehrheit der Parteien stellen, sind im bürgerlich oder multiethnisch ausgerichteten Lager vor allem kleinere Parteien mit lokaler Regierungsbeteiligung anzusiedeln. Die starke Zersplitterung und das fehlende ideologische Fundament der Parteien begünstigen die Entstehung von »mathematischen« Koalitionen, in denen es formell um die Erreichung der parlamentarischen Mehrheiten geht. Die Einigung auf ein schlüssiges Regierungsprogramm und klare Prioritäten erscheint sekundär.

Gleichzeitig begünstigt die Dayton-Verfassung die Entstehung von breiten Koalitionen. Durch weitreichende Blockade- und Vetomechanismen des Parlaments können nur solche Koalitionen substantielle Änderungen hervorbringen, die möglichst viele Akteure miteinbeziehen. Die zweite Kammer des Parlaments, das Haus der Völker, besteht aus drei ethnisch besetzten Ausschüssen (sogenannte Klubs). In jedem der drei Ausschüsse muss eine Mehrheit organisiert werden, wenn Gesetze verabschiedet werden sollen. Eine Großzahl von Gesetzen muss nicht nur das Repräsentantenhaus, sondern auch das Haus der Völker durchlaufen. Das macht für die neue Koalition fast zwangsläufig nicht nur eine Mehrheit im Repräsentantenhaus notwendig. Bei der Wahl der Partner muss auch die Zusammensetzung des Hauses der Völker berücksichtigt werden. Gleichzeitig sieht das System Vetomechanismen der beiden Entitätsparlamente vor. Somit können Gesetzesvorhaben weiter blockiert werden. Eine stabile Koalition auf Staatsebene kann wenig bewirken, wenn sie nicht gleichzeitig die stärksten Parteien auf Entitätsebene umfasst.

### Ausblick – nationalistische Koalition oder Pakt der Newcomer

Die Erfahrung zeigt, dass bei der Regierungsbildung alles offen ist. Als ein mögliches Szenario auf Staatsebene wird die Entstehung einer breiten Koalition aus nationalistischen Parteien gesehen. Von der SDA als stärkster Partei im Repräsentantenhaus geführt, könnte das Bündnis die kroatischen Konservativen, vor allem die HDZ BiH, einschließen. Angesichts der oben beschriebenen Vetomöglichkeiten werden die Partner zudem den Schulterschluss mit einer Partei aus der Republika Srpska

suchen müssen. In der SNSD würde die HDZ BiH einen Partner finden, der sie in ihrem Drängen nach einer stärkeren Autonomie fördern könnte, denn Präsident Dodik hatte vor den Wahlen verlautbaren lassen, dass er eine dritte kroatische Entität, das Prestige-Projekt der HDZ, unterstützen würde.

Ebenfalls möglich ist eine Allianz zwischen bosniakischer SDA und serbisch-oppositioneller SDS, diese gilt aber derzeit noch als wenig wahrscheinlich. In jedem Fall benötigen beide Bündnisvarianten noch einen vierten Akteur, um die parlamentarische Mehrheit zu erreichen.

Entscheidend bleibt die Frage, inwieweit die ebenfalls erfolgreichen Newcomer, DF und SBB, eine Regierungsbeteiligung realisieren können. Nicht ausgeschlossen ist, dass sie an der Seite der SDA eine Regierungskoalition bilden. Dies ist vor allem mit Blick auf die Regierung der Föderation Bosnien und Herzegowina möglich. Beide Parteien haben hier einen deutlichen Erfolg verbucht. Zusammengenommen ist ihr Stimmengewicht stärker als das der SDA.

In der Republika Srpska wird voraussichtlich die bisherige Regierungspartei die Koalitionsverhandlungen führen. In erster Linie wird sie versuchen, mit ihren bisherigen Partnern, der DNS und der sozialistischen Partei, zu regieren. Gerüchte vor den Wahlen besagten aber auch, dass Dodik nach Möglichkeit eine große Koalition zwischen SNSD und der SDS anstrebe. Damit würde er sich die Option zu Verfassungsänderungen sichern. Doch inwieweit die SDS bereit wäre, sich auf eine Juniorpartnerschaft mit dem erklärten politischen Opponenten einzulassen, bleibt offen. Es könnte ihr im Hinblick auf zukünftige Wahlen empfindlich schaden.

Diese Betrachtung zeigt, wie ungewiss die Regierungsbildung ist, und es lohnt sich der Blick auf die Erfahrun-

gen der letzten Wahl, nach der die Regierungsbildung sowohl auf Staats- wie auch auf Entitätsebene monatelang andauerte.

Dass durch nationalistisch geführte Koalitionen ein tiefgreifender Wandel erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Die politischen Anreizstrukturen sind zu gering, um den Krisenzustand, in dem sich der Staat befindet, zu durchbrechen. Im Wahlkampf überzeugten die etablierten Parteien weder mit einem klaren Wirtschaftsprogramm noch mit Reformansätzen zu wichtigen Politikbereichen.

Doch gleichzeitig wohnt ihrem Sieg eine merkwürdige Dialektik inne. Mit Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments können sie den Reformstau zumindest theoretisch durchbrechen und den Weg zu einer EU-Integration wieder öffnen. Dass es dazu kommt, ist aber derzeit wenig wahrscheinlich. Reformen würden in erster Linie einen Ressourcenverlust für die Etablierten bedeuten. Eine stärkere EU-Annäherung könnte Netzwerke von Korruption und Nepotismus aufdecken.

Somit stellt sich die Frage, ob eine nationalistisch geführte Koalition bereit und in der Lage wäre, konkrete Ergebnisse zu liefern oder ob das ihre eigenen Interessen behindern würde. Das ist das Einfallstor der erstarkten Opposition. Spekuliert wird schon jetzt, inwieweit die parteipolitischen Newcomer, die DF und SBB, ein Koalitionsbündnis ohne Beteiligung der Sieger zustande bringen könnten.

Sollten zukünftige Koalitionen keine substanziellen Veränderungen bewirken können, gibt es keinen Grund dafür, dass sich die Straßenproteste aus dem letzten Jahr und dem Februar dieses Jahres nicht wiederholen.



### Über die Autorin

**Judith Illerhues** ist Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bosnien und Herzegowina.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-991-9